

Politischer Kurzbericht

Ein Jahr Evo Morales in Bolivien – eine Bilanz

Peter-Alberto Behrens

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien

La Paz, 31.1. 2007

Kaum ein bolivianischer Präsident wurde je von einer so großen Erwartungswelle ins Amt gehievt, wie Evo Morales. Am 22. Januar jährte sich der Amtsantritt zum ersten Mal. Die Bilanz fällt ernüchternd aus.

Am Anfang regierte das Prinzip Hoffnung. Evo Morales und seine Partei, die MAS, waren für viele Bolivianer am Wahltag des 18. Dezember 2005 keineswegs die *erste Wahl* und viele von ihnen hatten Morales grundsätzlich unter einem Populismus-Verdacht. Dennoch wählten ihn mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten. Dieses gerne als Zeichen bedingungsloser Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung dargestellte Wahlergebnis sprach vor allem für die wahrgenommene Alternativlosigkeit gegenüber der sogenannten „traditionellen“ politischen Parteien. In ihrer Unfähigkeit, eine reale Alternative zu bieten, ebneten sie eher den Weg E.Morales´ ins Amt. Selbstverständlich ist ein Jahr zu kurz, um eine abschliessende Bilanz der Regierung Morales zu ziehen. Dennoch lassen sich einige klare Tendenzen ausmachen, die für Grundeigenschaften des politischen Projekts Morales´ sprechen.

1. Die „demokratische und kulturelle Revolution“ hat sich als autoritäres politisches Projekt entpuppt.

Die ersten Monate der Regierung Morales standen unter dem Zeichen eines „honeymoons“. Bolivien freute sich über klare politische Verhältnisse und sprach dem neuen Präsidenten ein deutliches Vertrauen aus. Demgegenüber hielt sich Morales mit Attacken z.B. gegen Unternehmer, Mittelschicht oder Oppositionsparteien merklich zurück. Einzelne, als „Ausrutscher“ empfundene öffentliche Aussagen Morales´ gegen die USA, oder die als „neoliberal“ verschrienen traditionellen Parteien wurden umgehend von seinem Vize-Präsidenten schöngeredet. Insbesondere galt dies für viele Aspekte der von Morales immer wieder hervorgehobenen aber bislang sehr im unklaren gelassenen „demokratischen und kulturellen Revolution“. Seit der Jahresmitte 2006 häufen sich Handlungen, die auf eine autoritäre Auslegung dieser Revolution hindeuten:

- **Die Rücksicht vor demokratischen Institutionen schwindet** – Als Ende November die Oppositionsparteien aus Protest gegen die autoritäre Vorgehensweise von Regierung und MAS in Bezug auf mehrere Gesetzesvorlagen den Senatssitzungen fernblieben, wurden die oppositionellen Senatoren kurzerhand durch ihre Vertreter ersetzt. Bis heute klingen Vorwürfe der Bestechung nach¹.

¹ Das bolivianische Parlament besteht aus hauptamtlichen und stellvertretenden Abgeordneten und Senatoren. Letztere können auf Verlangen der hauptamtlichen und nach Absprache mit dem Präsidenten der jeweiligen Kammer ihre stellvertretende Funktion wahrnehmen. In diesem Falle wurden die Vertreter

Besonders eklatant ist die Manipulation der Verfassunggebenden Versammlung durch die Exekutive. Selbst MAS-Delegierte klagen darüber, dass mittlerweile das Entscheidungszentrum nicht mehr in Sucre, sondern in La Paz liegt².

- **„Checks and balances“ werden verstärkt ausgehebelt** – Insbesondere das Justizwesen als einzige, (noch) nicht der MAS unterstehende Staatsgewalt steht unter großem Druck. Kürzlich erst bestimmte Morales einige der Obersten Richter per Dekret und umging somit eine Kompetenz des Senats. Gehäuft hat sich auch die Einrichtung „paralleler“ Institutionen. Beispielsweise werden neuerdings von der Regierung den mittlerweile direkt gewählten Präfekten sogenannte „Delegierte“ (Delegados prefecturales) an die Seite gestellt - angeblich um die Koordinierung zu verbessern. Ebenso nehmen Übergriffe auf Journalisten und Attacken auf Medien zu. Die bolivianische Journalistenvereinigung Federación Nacional de Prensa reagierte am 3. Januar diesen Jahres verärgert auf „beschönigende“ Berichte von *Reporter ohne Grenzen* und *Amnesty International*, nach denen Journalisten in Bolivien besonders gute Arbeitsbedingungen hätten. Auch die O.A.S. hat Ende Januar Übergriffe auf bolivianischen Journalisten gerügt. Schon seit längerer Zeit ist bekannt, dass die Regierung staatseigene Medien (Fernsehen, Rundfunk) mit venezolanischer Hilfe einrichten möchte.
- **Versuche der Übernahme des Staatsapparats** – Solche Versuche sind in Bolivien zweifellos nichts Neues. In diesem Fall jedoch geht die Praxis weit über den üblichen Beamtenaustausch durch neu gewählte Regierungen hinaus. Ehemalige Minister und Ex-Präsidenten werden unter fadenscheinigen Gründen verklagt, unbewiesene Korruptionsvorwürfe zwingen altgediente und professionelle Bedienstete aus ihren Ämtern. Anfang Januar 2007 kündigte die Regierung an, mit dem Austausch der alten, durch neue Kader ernst zu machen. Seit einigen Monaten wird an einer Gesetzesvorlage zur Korruptionsbekämpfung gearbeitet (Ley „Marcelo Quiroga Santa Cruz“), nach der zum Teil die Beweislast umgekehrt wird und die Angeklagten ihre Unschuld rückwirkend für die letzten zehn Jahre beweisen müssen. Deutlich wird der Versuch einer systematischen und gezielten Besetzung des Staatsapparates durch regierungsfreundliche Kader.
- **Der Ton ist schärfer geworden** – Im Verlauf des Jahres lancierte die Regierung immer schärfere Attacken gegen oppositionelle politische Kräfte. Selbst mit Abweichlern in ihrem eigenen Lager gehen die MAS und Morales immer weniger zimperlich um. Der Umgang mit Andersdenkenden und die Art und Weise, in der Regierungsprojekte, wie die Erziehungsreform („Ley Avelino Siñani“) oder die Landreform („Ley INRA“) regelrecht durchgeboxt werden, sprechen für ein hegemoniales Verständnis von Politik. Einzelne Menschenrechtsorganisationen bemängeln inzwischen öffentlich die Beeinträchtigung bürgerlicher Rechte³.

von dem Senatspräsidium (MAS) ohne Absprache geladen und die hauptamtlichen ausgesperrt. Mit den Vertretern wurden dann mehrere höchst umstrittene Gesetze verabschiedet (Landreform, sog. „Verstaatlichungsverträge“ mit Erdgasunternehmen, Militärverträge mit Venezuela, u.a.m.). Siehe El Deber, 29.11.2006

² Der MAS-Delegierte Raúl Prada sprach sogar von einer „polizeilichen Situation“ („Se está creando una situación policial en el seno de la Asamblea Constituyente“). Siehe La Razón, 11. 01. 2007). Andererseits sieht Morales mittlerweile die Versammlung offensichtlich nicht mehr als das Instrument, mit dem die Revolution durchgeführt werden soll („...me di cuenta, que los cambios profundos, las transformaciones no van a estar todavía en la Asamblea Constituyente; el cambio, la revolución democrática y cultural está en manos del gobierno junto a los sectores sociales“). Siehe La Razón, 5.01. 2007).

³ So die bislang eher als MAS-nah bekannte *Asamblea Permanente de los Derechos Humanos*, Siehe El Deber, 30.12.2006.

2. Bolivien ist gespaltener als zuvor

Viele Bolivianer setzten ihre Hoffnungen vor einem Jahr darin, dass jemand wie Evo Morales endlich die sozialen, regionalen und ethnischen Spannungen des Landes aufheben könne. Auch hier sprach die Regierung im ersten Halbjahr viel über Einbindung („inclusión“), Neugründung („refundación“) und Suche nach Dialog selbst mit den vormals „unterdrückenden Eliten“. Nach zwölf Monaten MAS-Regierung haben sich die Konflikte nicht nur intensiviert, sondern auch gefährlich zugespitzt:

- **Östliche und westliche Regionen stehen stärker im Gegensatz zueinander** – Der traditionelle Gegensatz zwischen andinen Regionen (La Paz, Oruro, Potosí, Cochabamba und Chuquisaca) und denen des Tieflandes (Pando, Beni, Santa Cruz und Tarija) wurde von der Regierung teilweise sogar gezielt geschürt. Vor allem die Bestrebungen nach mehr Eigenständigkeit seitens der östlichen Tieflandregionen wurden kurzerhand als oligarchisch und separatistisch verunglimpft. Somit übersieht die Regierung geflissentlich, dass sich in der Volksbefragung vom 2. Juli 2006 eine sehr große Mehrheit der Bürger in diesen Landesteilen für mehr Autonomie aussprach. Mittlerweile formiert sich, noch sehr zögerlich und politisch nicht genau zu verorten, eine breite bürgerliche Bewegung gegen die autoritären Anwandlungen der Regierung. Eindeutiges Zeichen dafür waren die Massendemonstrationen, die Mitte Dezember besonders in Santa Cruz, aber auch in Tarija und Cobija mit insgesamt mehr als einer Million Teilnehmer stattfanden – für ein Land mit 9 Millionen Einwohner ein nicht zu unterschätzendes politisches Signal.
- **Regierung und Regierte entfernen sich weiter voneinander** – Regierung und Regierungspartei definieren sich gerne als eine Verlängerung der sozialen Bewegungen, wobei letzteren im Sinne einer „wahren“ Vertretung des Volkes praktisch jede demokratische Legitimität zugesprochen wird. So werden gezielt „spontane“ Demonstrationen und Blockaden solcher Bewegungen entfacht, z.B. um konkrete politische Ziele gegen die parlamentarische Opposition durchzusetzen. Allerdings hat dieser bislang bewährte Mechanismus seit den dramatischen Ereignissen in Cochabamba Mitte Januar, Schaden genommen (2 Tote, über hundert Verletzte). Der Versuch, zwei Wochen später in El Alto auf ähnliche Weise den Präfekten J.L. Paredes aus dem Amt jagen zu wollen, scheiterte schon im Ansatz. Im Jahresverlauf wurde auch deutlich, dass eine MAS-Regierung keineswegs damit rechnen konnte, die sozialen Bewegungen bedingungslos auf ihrer Seite zu haben. Die Anzahl der Straßenblockaden und Unruhen erreichte leicht das Niveau früherer sogenannter „neoliberaler“ Regierungen. Die zunehmenden Spannungen unter den drei großen Strömungen innerhalb der MAS (Gewerkschafter, Sozialisten/Altkommunisten, Indigene) zerreiben die Partei, wobei vor allem die indigene am stärksten zurückstecken muss. Zudem beunruhigt die Unfähigkeit der Opposition, ernstzunehmende politische Alternativen zu bieten und somit die demokratische Institutionalität wieder zu stärken. Im Gegenteil, PODEMOS, UN und MNR sind heute eher Teil des Problems. Die Präfekten der Tieflandregionen bilden mit der von ihnen eingerichteten *Junta Nacional Autónoma*, die tragende oppositionelle Kraft im Lande. Dies ist gefährlich. Es trägt den politischen Konflikt in die Regionen, in denen zunehmend MAS-Gegner und Befürworter aufeinanderstoßen. Dies ist das traurigste Ergebnis nach einem Jahr Morales-Regierung: die Gewaltbereitschaft ist gestiegen, die Aggressivität der Menschen untereinander hat spürbar zugenommen: 21 Tote sind zu beklagen⁴.

⁴ Anfang Oktober gab es gewalttätige Auseinandersetzungen unter Minenarbeitern in Huanuni (16 Tote und mehr als 80 Verletzte). In San Julián versperrten MAS-Sympathisanten Mitte Dezember indigenen Demonstranten den Weg, um ihnen die Teilnahme an der regierungskritischen Demonstration in Santa

- **Die Polarisierung hat Methode** – Zu Anfang seines Regierungsjahres wurde sowohl innerhalb wie außerhalb des Landes der demagogische Stil Morales´ nicht zu ernst genommen. Meinte man doch, dass er, ähnlich wie seinerzeit Lula in Brasilien, sich mäßigen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Selbst Vize-Präsident García Linera, der noch in den ersten Amtsmonaten versuchte, einen gewissen Anschein der Mäßigung zu wahren, hat nun jede Zurückhaltung abgelegt. Öffentlich rief er Mitte September, Indigene in Achacachi „zu den Waffen“ auf, um die Revolution Morales´ wenn nötig auch gewaltsam zu verteidigen. Die Schwarz-Weiß-Malerei von Morales und Carcía Linera erreicht mittlerweile paranoide Züge: beide übertreffen sich mit der Darstellung konspirativer Szenarien, in denen selbstverständlich immer die „üblichen Verdächtigen“ gemeinsam die Finger am Zug haben: die „neoliberalen“ Oppositionsparteien, die Oligarchie aus Santa Cruz und die US-Botschaft⁵. Besorgniserregend ist, dass sich die Regierung dadurch selbst den Handlungsspielraum einengt und unnötige Gegner schafft. Ein führendes Fraktionsmitglied des MNR in der Verfassunggebenden Versammlung brachte es, etwas dramatisch, auf den Punkt: „Diesen polarisierenden Stil hatte er gar nicht nötig. Wir (d.h., die Opposition) waren sowieso bereit mit ihm zu kooperieren. Er hat die Chance verpasst, eine Art Nelson Mandela Lateinamerikas zu werden“⁶.

3. Bolivien isoliert sich zunehmend

Die meisten lateinamerikanischen Länder begrüßten seinerzeit den Wahlerfolg Morales´. Gleiches gilt für viele europäischen Regierungen und für die USA. Einige europäische Staatschefs konnten sich dem Charme des ersten indigenen Präsidenten Lateinamerikas kaum entziehen. Heute hat Bolivien mit fast allen seinen Grenzstaaten irgendeine Art diplomatischer Unstimmigkeit:

- Mit **Brasilien** hat sich seit der „Verstaatlichung“ der Erdgasindustrie das Verhältnis spürbar abgekühlt. Und zwar weniger aufgrund der Vertragsüberarbeitung an sich, sondern vor allem aufgrund der höchst undiplomatischen Art und Weise, wie mit dem wichtigsten Investor in Bolivien umgegangen wurde.
- Die **USA** haben bislang entgegen aller Erwartung, sehr zurückhaltend und klug agiert. Dennoch wettet Morales weiterhin ständig gegen die „Imperialisten“. Jüngste Aktion war die Einführung eines Visums für US-Touristen. Dabei schneidet er sich ins eigene Fleisch: Allein US-Touristen tragen mit 20% zu den Gesamteinnahmen der Branche bei (ca. US\$ 40 Mio.). Dennoch verlängerte der US-Kongress das Handelspräferenzsystem ATPDEA bis Juni 2007.
- Die neue **peruanische** Regierung hat erneut die Ausweisung eines gesuchten MRTA-Terroristen beantragt. Das Pikante daran: Der Gesuchte Walter Chávez ist persönlicher Berater von Morales.
- In **Paraguay** macht man sich ernste Sorgen über ein mögliches „Bosnien im Herzen Lateinamerikas“. Auch mit diesem Land hat es Verstimmungen gegeben, nachdem

Cruz zu verwehren (ca. 20 Verletzte). Die schlimmsten Ereignisse fanden in Cochabamba statt, in denen Koka-Bauer sich mit Bürger wahre Strassenschlachten lieferten (2 Tote, mehr als hundert Verletzte)

⁵ Die Ereignisse in Huanuni, z.B. führte García Linera in einer Fernsehansprache am Abend der Ereignisse, auf eine „interne und externe Verschwörung“ gegen die Regierung zurück, siehe ATB, 5.10. Evo Morales in einem Interview mit Le Monde: „Man will mich ermorden“, siehe Le Monde, 18.10.2006. Die kürzlich abgesetzte Innenministerin Muñoz machte bei solchen Übungen eine besonders peinliche Figur: zuerst machte sie bekannt, der Präfekt in Pando stelle paramilitärische Einheiten auf und legte Filmmaterial als Beweis vor. Tage später nahm sie die Anschuldigung zurück, als bekannt wurde, dass die dargestellten „paramilitärischen Übungen“ nichts anderes waren als der Karate-Unterricht einer dortigen Schule.

⁶ So ein führendes Fraktionsmitglied des MNR im Gespräch mit dem Autor.

zwei gesuchte Mörder erst als „politische Flüchtlinge“ anerkannt wurden und dann ihre Flucht nicht verhindert werden konnte.

- **Chile** hat kürzlich klar gestellt, dass ein Meereszugang Boliviens keineswegs zum Preis eines Territorialverzichts gehen könnte – seitdem hat sich auch hier das Verhältnis abgekühlt.
- Die **Europäische Union** hat bislang den politischen Prozess in Bolivien sehr wohlwollend begleitet. Allerdings waren die Ereignisse in Cochabamba für die EU Anlass, eine ungewöhnlich deutliche Stellungnahme zu veröffentlichen, die in der bolivianischen Regierung eine starke Wirkung erzielte.
- Selbst mit **Spanien**, dessen sozialistische Regierung von Rodríguez Zapatero, Morales mit viel Sympathie begegnete, hat es sich die Regierung La Paz´ verspielt. Nicht nur die sehr ruppige Art, in der mit der spanischen *Repsol* umgegangen wurde, sondern vor allem die nicht ganz entkräfteten Hinweise einer institutionellen Beziehung zwischen der MAS und der Terror-Organisation ETA haben die Spanier von der bolivianischen Regierung entfremdet.
- Auch **Argentinien** schien den Bolivianern gut gesinnt. Es bestehen jedoch ernsthafte Migrationsprobleme mit Buenos Aires: geschätzte zwei Mio. Bolivianer leben im Land und es häufen sich Meldungen, nach denen viele von ihnen in nahezu unmenschlichen Verhältnissen leben.
- Nur mit Ländern wie **Kuba, Venezuela** und neuerdings **Nikaragua** stimmen die politischen Vorzeichen. Daher wurden schleunigst Handelsvereinbarungen mit diesen Ländern getroffen (Tratado de Comercio de los Pueblos), mit denen der akkumulierte Handelsaustausch nicht mal 5% der gesamten Handelsbeziehungen beträgt. Grund zur Sorge sind Militärverträge mit Venezuela, nach denen Caracas bei inneren Unruhen in Bolivien, Streitkräfte ins Land bringen kann. Während der Wortlaut des Vertrags dazu sehr ungenau ist, hat Hugo Chávez seine Vorstellungen zumindest sehr deutlich geäußert: „Wir werden Bolivien verteidigen“⁷.

AUSBLICK

Mehr als 15.000 Bolivianer verlassen monatlich ihr Land, zumeist in Richtung Spanien. Ein deutlicheres Anzeichen der Ungewissheit und Zukunftsangst kann es kaum geben. Tatsächlich erscheint die politische Lage vertrackt:

- Die Regierung Morales steht unter einem enormen Erfolgsdruck. Grundlegende Entscheidungen sind zwar eingeleitet („Verstaatlichung“, Landreform, Erziehungsreform, etc.). Deren Umsetzung hapert aber unter anderem am fehlenden technischen Know-how der Ministerialbürokratie, die durch den Beamtenaustausch zunehmend geschwächt wird.
- Zusätzlich belastet Morales die wachsende Ungeduld seiner Anhänger, die zu einer Radikalisierung vieler sozialen Organisationen geführt hat.
- Zugleich hat Morales selbst, seinen Handlungsspielraum für die Suche nach Kompromisse und Konsens mit oppositionellen Kräften durch seinen konfrontativen Regierungsstil unnötig eingeengt.
- Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung droht zu scheitern. Zur Halbzeit (6.1.2007) stand noch nicht einmal die Geschäftsordnung der Versammlung fest. Tatsache ist, daß eine neue Verfassung Dreh- und Angelpunkt des politischen Projekts der MAS darstellt: Eine Fortführung der Regierung unter dem Zeichen einer „neoliberalen“ Verfassung ist kaum vorstellbar.

⁷ So Venezuelas Präsident Hugo Chávez anlässlich des Gipfeltreffens der “Comunidad Sudamericana de Naciones”, Mitte November in Cochabamba.

Insgesamt wird erkennbar, daß das Schicksal der Verfassunggebenden Versammlung das Zeitfenster bestimmt, in der die Regierung politische Weichen für die Zukunft stellen kann. Drei unterschiedliche Szenarien sind bis Anfang August denkbar (Sitzungsende der Versammlung):

Szenario 1: Der Verfassungsprozess scheitert. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen sowohl innerhalb wie außerhalb des Regierungslagers spitzen die politischen Konflikte noch stärker zu. Mit Sicherheit führte dies zu einer schweren Krise, die Morales entweder dazu zwingen könnte zurückzutreten oder aber einen autoritären Ausweg zu suchen (Putsch oder „Autogolpe“).

Szenario 2: Die Regierung setzt frühzeitig eine „Flucht nach vorne an“. Sie könnte versuchen innerhalb der nächsten Wochen und Monate die Lage für sich zu entscheiden. Beispielsweise durch Auflösung der gewählten Versammlung und Einrichtung einer Art Notstandsversammlung, die im wesentlichen eine Verfassung nach Vorstellungen der Regierung beschließt. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß auch hier der autoritäre Ausweg genommen wird.

Szenario 3: Die Versammlung beschließt, ihr Sitzungsende von Anfang August auf das Jahresende zu verschieben. Dies ginge mit einem hohen Glaubwürdigkeitsverlust nicht nur der Versammlung, sondern auch der Regierung und des gesamten Parteiensystems einher. Dennoch wäre dies wohl die „weniger schlechte“ Alternative, da sie die größten Möglichkeiten beinhaltet, daß die demokratische Institutionalität gewahrt wird.

Bislang hat Bolivien, oft sprichwörtlich in letzter Minute in all ihren Krisen immer noch einen demokratischen Ausweg gefunden. Zu hoffen ist, daß auch dieser politischer Wille im Regierungspalast La Paz´ weiterhin vorherrscht.

E-Mail: pabehrens@kasbolivia.org